

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Zustellgebühr monatlich 4,- M., bei Zustellung unter Streifenband 4,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag des Postgesetzes für 1919 eingetragen. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2805 und 2806.

Interessante Stellen bei adreßpflichtigen Nonparteiliche oder deren Name 1,20 M., Wortanzeigen das letzte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Erwerbungsbeitrag 70 Pf., bei Familien- u. Veranlagungsangelegenheiten der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2766

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Liebliche Auseinandersetzungen.

Bad schlägt sich

Dresden, 15. September.

Wolffs Telegraphen-Bureau meldet: In seiner Rede in der Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Sachsens erklärte Reichswehrminister Noske u. a. noch, daß Oberst Reinhardt der Republik gefährlich werden könne, für hin-sichtlich. Er wandte sich gegen Scheidemanns Anschauungen, der während seines dreimonatigen Aufschlusses in der Schweiz den Zusammenhang mit den Dingen in Deutschland verloren habe. Eine Gegenrevolution in Deutschland bestehe nicht; mit Angstmeierei lasse sich das zusammengebrochene Reich nicht wieder emporheben.

Sie wollen den Bürgerkrieg.

In der „Täglichen Rundschau“ leht sich ein gewisser v. Heimburg mit den Aufgaben einer deutschen Regierung auseinander. Er sieht die Ursachen des wirtschaftlichen Stands einzig und allein in der Erwerbslosen-fürsorge und tritt deshalb für deren Beseitigung ein, weil dadurch ein steigendes Ueberangebot an Arbeitskräften und somit ein Sinken der Löhne erfolgen würde. Herr v. Heimburg verlangt deshalb eine Zwangs-arbeitsvermittlung. Wer eine ihm übertragene Arbeit nicht annimmt, soll „in einem unter militärischer Aufsicht stehenden Arbeitskommando untergebracht und an eine geeignete Stelle zu Rohstoffarbeiten abtransportiert“ werden.

Die Erwerbslosen werden sich mit Händen und Füßen gegen die Zwangsmaßnahmen einer solchen Wirtschaftspolitik wehren und versuchen, mit Gewalt ihr sogenanntes Recht, von den Einkünften ihrer arbeitenden Kollegen zu leben, zu verteidigen. Infolgedessen wird leider wahrscheinlich eine bewaffnete Auseinandersetzung mit Spartakus und seiner Gefolgschaft notwendig werden, da es angesichts der Verheerung der Massen ausgeschlossen erscheint, daß sie sich der Verneinung der Vernunftgründe beugen. Es gebietet Energie und nationale Verantwortungsfähigkeit, einer solchen Entwicklung ruhig und kühn zu sehen. Insofern vernünftig und ruhig denkenden Menschen muß es allmählich klar geworden sein, daß eine Auseinandersetzung notwendig ist, wenn wir uns nicht mit Haut und Haar vor Anarchie in die Arme werfen und damit jede Möglichkeit für den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft auf Jahrzehnte hinaus verschütten wollen.

Die Ausführungen dieses Heimburg gewinnen eine besondere Bedeutung dadurch, daß der Mann, ein Oberleutnant, seit etwa 4 Monaten bei der Presseabteilung des Reichswehrgruppenkommandos I als Mitarbeiter angestellt ist und dafür monatlich 1000 Mark Gehalt empfängt. Stehen seine Auslassungen volkswirtschaftlich unter jeder Kritik, so sind sie militärisch um so höher zu bewerten. Zeigen sie uns doch, daß die militärischen Stellen bewußt auf den Bürgerkrieg hinarbeiten. Sie sind in der Anschauungsweise ihrer grausamen Kriegsführung in Polen, Belgien und Nordfrankreich noch so sehr befangen, daß sie auch die soziale Frage mit Maschinenengewehren und Bombengranaten am erfolgreichsten zu lösen glauben.

Ausfisch-ethnische Friedensverhandlungen.

Die estnische Regierung hat die Rote Tischlichezins über Aufnahme von Friedensverhandlungen in Zusammenhang dem Sinne beantwortet. Als Ort der Zusammenkunft wurde die Stadt Reischy, 50 Kilometer von Ploss bestimmt. Die Verhandlungen sollen bereits am 15. September beginnen. Die estnische Konstitution billigte diesen Schritt der Regierung, da das estnische Volk von Anfang an diesen Krieg nur zur Verteidigung geführt habe.

Hungerstreik politischer Gefangener.

München, 14. September.

Die politischen Festungsgefangenen in Stadelheim bei München haben dem Gefängnisvorstand schriftlich erklärt, daß sich in letzter Zeit die Anzeichen häufen, daß gegen sie wie gegen andere führende Genossen ungesetzliche Gewalttate geplant sind. Es hat die Festungsgefangenen bewogen, daß zwei Offiziere die Rolle Kretzschs betreten haben.

um sie zu beschützen. Die Häufigkeit betrachten das Leben Kretzsch vor den Bedrohungen durch feindliche Offiziere nur dadurch als gesichert, daß Kretzsch sofort in den Neubau des Gefängnisses übergeführt wird. Da der Vorstand des Gefängnisses die Verlegung Kretzschs ablehnte, sind die Festungsgefangenen in den Hungerstreik getreten.

Kein Ausschluß der Kreditbewilliger in Frankreich.

Genf, 15. September. (Telunion.)

Der französische Sozialistenkongress hat die Ausschließung der 111 Deputierten, die in der Kammer für die Kriegskredite gestimmt hatten, abgelehnt. Er begnügt sich mit einem einfachen Tadel.

Die Strömungen in der italienischen Sozialdemokratie.

Die Pariser „Humanité“ veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom 10. September folgende bedeutende Mitteilungen über die Stimmungen und die Meinungsverschiedenheiten in der italienischen sozialistischen Partei:

Die Vorbereitungen zum Kongress der italienischen Sozialisten, der vom 26.—28. September tagen soll, geben Veranlassung zu manchem interessantem Meinungsaustausch zwischen den Anhängern der verschiedenen sozialistischen Richtungen. Eine der besprochenen Fragen ist die nach der Haltung der Partei bei den kommenden parlamentarischen und städtischen Wahlen.

Die Wahlaktive, über welche man diskutiert, ist nicht mehr so einfach zu lösen wie früher: Denn jetzt wird selbst die Teilnahme an den Wahlen überhaupt in Frage gestellt. Die linksradikale Fraktion der Partei, welche sich selber kommunistisch nennt und als Organ den „Comité von Noapel“ hat, ist für vollkommene Wahlenthaltung. Nach der Ansicht dieser Genossen kann der Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft jetzt in der entscheidenden revolutionären Phase nur mit Gewalt geführt werden; die Beteiligung an den Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft, die in der Zeit der Vorbereitung allerdings gerechtfertigt war, würde jetzt, da die Zeit zum Handeln gekommen ist, nur schaden, da sie einen Teil der Kräfte verbrauchen würde, die heute für die Verbesserung des Sozialismus und die Einführung neuer sozialer Formen ausnahmslos gebraucht würden.

Dagegen geht die Richtung, die zur Zeit in der Partei die Mehrheit besitzt, und zu der auch Serrati, der Direktor des „Avanti“, gehört, nicht so weit wie der linksradikale Flügel. Sie ist vielmehr für eine Teilnahme an den nächsten Wahlen, um nicht auf jedes Kompromittel verzichten zu müssen. Aber alle Genossen dieser Richtung sind überzeugt, daß das Parlament in der Umformung der Gesellschaft keine ausschlaggebende Rolle mehr spielen darf und daß alle Formen ähnlicher Vertretungen, wie beschlossene Versammlungen und dergleichen, die auf einer unbestimmten Uebertragung von Machtbefugnissen beruhen, und die keine sorgfältige Verantwortlichkeit der Abgeordneten gegenüber ihren Wählern und keine ununterbrochene Beziehungen zwischen diesen und jenen kennen, von nun an verworfen werden müssen, da sie unentbehrlich sind mit einem sozialistischen Regime. Kein einziges Mitglied der italienischen sozialistischen Partei will heute mehr durch die Erörterung der politischen Sache die Majorität in einem bürgerlichen Parlamente erwerben.

In der Partei wird ferner zur Zeit viel über die Frage der Diktatur des Proletariats diskutiert. Auf gewissen Seiten laßt man diese Diktatur sehr genau und sehr streng auf. Diese Anschauung aber gibt diesen Kreisen den Schein der Unversöhnlichkeit und des Absolutismus von denen zu, die fürchten, daß solche Haltung der sozialistischen Partei weitläufige Sympathien erregen werden.

In diesen Auslassungen ist besonders bemerkenswert, daß auch die Mehrheit der italienischen Sozialdemokratie nicht daran denkt, die Beteiligung an den Wahlen zum Parlament abzulehnen. Auch sie will sich das Parlament als Werkzeug zur Revolutionierung der Massen bedienen.

Das wahre Gesicht.

Die rechtssozialistischen Parteitage gestalten sich immer mehr zu Demonstrationen des geistigen und sittlichen Verfalls einer Partei, der mit dem Verfallnis zu Wilhelms und Ludendorff begonnen und mit dem noch efligeren zu Noske endet.

Den Beweis für diese Behauptung erbringt auch der sächsische Parteitag. Die Herren, die ihre Regierungsmacht bisher dazu ausgenutzt hatten, um die revolutionären Machtpositionen der Arbeiterklasse zu schwächen, sind jetzt in Sorge wegen der Behauptung ihrer Regierung. Die Herren suchen nach links und nach rechts Anschluss und wären sogar bereit, mit den verfluchten Unabhängigen zusammenzugehen. Die letzte Landeskonferenz unserer sächsischen Parteigenossen hat aber gezeigt, daß die Trauben zu sauer sind. Die Majorität der Konferenz erklärte, daß der Eintritt der Unabhängigen in eine Regierung nur erfolgen könne, wenn diese sich rücksichtslos verpflichtet, unser sozialistisches Programm zur Durchführung zu bringen. Bei der Natur der rechtssozialistischen war kein Zweifel, daß diese die — für Sozialisten selbstverständlichen und daher für Noskeleute unannehmbaren — Bedingungen nicht annehmen würden, und es ist recht nett zu beobachten, in welcher Verlegenheit die Herrschaften jetzt geraten sind, und wie sie auf die Unabhängigen schimpfen.

In Wirklichkeit ist ja das ganze Problem einer Regierungsabteilung mit den rechtssozialistischen heute für wirkliche Sozialisten sehr einfach. Es existiert nämlich für uns heute überhaupt nicht. Die rechtssozialistischen haben sich mit der Bourgeoisie verbunden und sind eine konterrevolutionäre Partei. Unsere Aufgabe ist es, diesen ihren Charakter der gesamten Arbeiterklasse immer wieder aufzuzeigen. Und das kann natürlich nur im schärfsten Kampf gegen diese politischen Hahnenkämpfer erfolgen, und nicht durch irgendein Zusammengehen. Ihr Ausschluß aus der Internationalen, nicht ein Zusammengehen mit ihnen steht auf der Tagesordnung.

Wenn es dafür noch irgendeines Beweises bedürfte, so lieferte ihn das Austritt des Noske. Eine Partei, in der ein Noske Mitglied ist, an deren Beratungen ein solcher Mensch teilnehmen darf und Beifall findet, schadet sich damit von jeder sozialistischen Gemeinschaft.

Herr Noske übertrug sich diesmal selbst. Nach dem üblichen Geheiß auf die Unabhängigen Sozialdemokratie erklärte er nach dem Bericht des „Berliner Tageblattes“:

Wir stehen erst am Anfang unserer Arbeit. Ich bin durchaus gewillt, all meine militärischen Maßnahmen rücksichtslos zu bedenken. Dem Versuch, das russische System bei uns einzuführen, werde ich mich mit aller Energie widersetzen. Wenn es heißt, das Leben von ein paar Tausend Toffköpfen auf Spiel zu setzen, um Hunderttausend von ruhigen Bürgern zu retten, dann werde ich handeln wie Berlin, Hamburg, Bremen und München. Die Hoffnungen auf die Weltrevolution sind eine Seifenblase. Das Soldatenum nach den Friedensbedingungen einrichten zu müssen, ist nicht mein Ideal, aber wir müssen uns fügen. Ein Heer ohne Disziplin ist ein Massenpiel. Truppen mit selbstgewählten Führern springen im Moments der Gefahr auseinander wie Glas. Wenn ich bei einer Offiziersbesprechung die Waft habe zwischen einem schlecht qualifizierten Sozialdemokraten und einem schlaffen, anständigen und ekeligen Konterrevolutionären, dann beschreibe ich den Konterrevolutionären. Die Offiziere Reinhardt ist ein Sozialist, auf den viele herabgefallen sind. Der Sozialdemokrat des „Vorwärts“, ein überbelebender Mann, auf dessen Zeugnis ich nicht daran denke, einen Mann, dem die Regierung zu großem Danke verpflichtet ist, über die Klänge springen zu lassen. Wenn die Gegenrevolution eintritt, dann ist nur die Arbeiterklasse Schuld daran. Unsere Maßnahmen müssen auch den Mut zur Dürre haben.

Noske wandte sich dann gegen Scheidemann, dem er vorwarf, den Zusammenhang der deutschen Politik durch seinen Aufstand in der Schweiz verloren zu haben.

Man muß es dem Noske lassen. Von und Inhalt haben bei ihm auf gleicher Höhe, der Stil ist der Mann. Seine Neuschreibungen sind gelobene Wölbwerke und aufstrebende Deutschland ist ein Wankler, der ein solches Niveau innehat, unentbehrlich und auch in Deutschland selbst ist es auf den rechtssozialistischen vorbehalten anstehen, und so etwas zu behaupten.

Ueber den Inhalt braucht nicht viel gesagt zu werden. Wir wissen, Berlin heißt Liebfried und Luxemburg, Vogel und Marlob, München, das ist der weiße Schreden in seinen schneidlichsten Formen, das ist die Politik des Terrors von rechts; es ist mit einem Wort die Gegenrevolution. Es ist auch selbstverständlich, daß Roske Reinhard verteidigt, selbstverständlich, daß er dabei den Sachverhalt verschleiert. Er schimpft auf den Gewöhrtmann des „Vorwärts“, wie ja jedermann von diesen rechtssozialistischen Machthabern persönlich verunglimpft wird, der etwas gegen ihre Politik einzuwenden hat. Aber die Person ist in diesem Falle schon deshalb völlig gleichgültig, weil Herr Oberst Reinhard ja ganz offen seine reaktionäre Gesinnung in dem Brief an den „Vorwärts“ dokumentiert hat. Darum und nicht, wie Roske schwärzt, um den Gewöhrtmann des „Vorwärts“ handelt es sich, und darauf hat sich der Angriff Scheidemanns gestützt. Roske aber muß den Reinhard verteidigen, da er von all den reaktionären Offizieren, denen er die Macht in die Hände gespielt hat, völlig abhängig ist. Als ihr willensloses Werkzeug muß er gegen Scheidemann losgehen. All die starken Worte betreffen nur die halblohe Schwäche dieses — man verzeihe das Wort — an Verstand und Charakter gleich schwachen Menschen. Er weiß, daß sein Schicksal mit dem der reaktionären Offiziere untrennbar verbunden bleibt, und — er möchte Minister bleiben. Diese Roske-Rede ist für die rechtssozialistische Partei charakteristischer als all die schönen Redensarten und die schmeicheltüchtigen Phrasen einzelner, die damit nur die Massenflucht der Arbeiter aufhalten wollen. Roske, das ist in Wahrheit die rechtssozialistische Partei, und wie er selbst, so ist seine Partei heute nur das Werkzeug der monarchistisch-reaktionären Offiziere geworden.

Frankreich und Deutschland.

In der Debatte in der französischen Kammer über die Ratifizierung des Friedensvertrages hielt der Minister Douchet am Sonnabend eine Rede, in der er die Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Frankreichs hervorhob. Er stellte drei Fragen: Wird Deutschland zahlen, kann Deutschland zahlen, will Deutschland zahlen? und erteilte darauf folgende Antwort: Einige von Frankreichs Alliierten hätten erklärt, Deutschland könne alles bezahlen und müsse alles bezahlen. Aber als man sich um den Verhandlungstisch versammelt habe, hätte man bald erkannt, daß es auch eine Grenze der Leistungsfähigkeit für Deutschland gebe. Man habe von Deutschland das verlangt, was es nach den optimistischsten Voraussetzungen zu zahlen in der Lage sei. Gewiß, die Ziffern, die genannt worden seien, näherten sich fast traumhaft aus. Man spreche von Milliarden, aber man müsse auch bedenken, daß der Wert der Mark sich seit 1914 verdreifacht habe. Wenn man von Deutschland 18 Milliarden Goldmark alter Währung während 20 Jahren verlangen wolle, so sei das unmöglich, aber wenn man sie nach dem neuen Wert berechne, so sei das durchaus möglich. Wenn das gegenwärtige Deutschland, das in Bezug auf seine Industrie etwas in Schwanken geraten sei, sich wieder erholen werde, dann werde es wieder schäpferisch, arbeitsam und organisationskräftig sein. Es werde sich nach einer Schwankung von etwa fünf bis sechs Jahren wieder herausgearbeitet haben.

Douchet teilte dann mit, daß von den aus Frankreich weggeführten Gegenständen für 8 Milliarden Werte bereits zurückerstattet seien, ferner, daß Frankreich in den ersten fünf Jahren je 20 Millionen Tonnen Kohle erhalten solle und in den darauffolgenden fünf Jahren je 8 Millionen Tonnen. Er hoffe, daß Frankreich bis zum Jahre 1924 alle seine Bergwerke wieder instand gesetzt haben werde. Douchet wendete sich sodann zu der Frage, welche Politik man gegenüber Deutschland einschlagen solle, damit der Friedensvertrag von Versailles ausgeführt werden könne. Er sagte dazu:

„Es sei vor allen Dingen notwendig, daß Deutschland arbeite, und dann müsse mit Sorgfalt geprüft werden, welche Bedürfnisse Deutschland in Bezug auf Rohmaterialien habe. Diese

Bedürfnisse müsse jedoch, aber nicht engpaßig, befriedigt werden. Man müsse die französischen Rechte verteidigen, aber auch bedenken, daß man Deutschland die Mittel in die Hand geben müsse, die seinigen zu bewahren. Wirtschaftlich stelle sich das Ergebnis des Friedensvertrages, wenn man das Jagt ziehen wolle, wie folgt dar: Das Erträgnis an Eisenerzen sei verdoppelt worden, es vermehrte sich um 17 Millionen Tonnen für die Kohlen, und Frankreich erhalte in Bechelbronn seine erste Petroleumquelle. In Bezug auf Stahl erhöhe sich die französische Produktion auf 11 400 000 Tonnen. Sie werde also gleich mit der Deutschlands, das vor dem Kriege drimal mehr, und gleich mit der Englands, das vor dem Kriege zweimal mehr als Frankreich produzierte. Frankreich werde also, was Mineralerz anbetreffe, der erste Produzent der Welt, und was Stahl anbetreffe, der zweite, für Baumwolle erhöhe sich Frankreichs Exportmöglichkeit von 60 000 Tonnen auf 92 000 Tonnen, und es finde genügend Düngemittel für seine Landwirtschaft. Er glaube, daß man in einigen Jahren 1 200 000 Tonnen Düngemittel ausführen könne. Wenn man also mutig ans Werk des Wiederaufbaus gehe, dann müsse Frankreich auf dem Gebiete der Schwerindustrie und der Landwirtschaft exportierendes Land werden. Von den fünf Millionen Hektar, die mit Getreide bepflanzt würden, müßten vier Millionen für den eigenen Bedarf reichen. Es sei aber notwendig, die Wasserstraßen und die Eisenbahnen auszubauen, und man müsse auch einen Teil der letzteren elektrifizieren. Der Vertrag sei also nicht das mittelmäßige Werk, von dem man gesprochen habe. Mit diesem Hilfsmittel könne Frankreich groß, glücklich und friedlich werden.“

Die französischen Kapitalisten haben also eingesehen, es sei notwendig, daß sie Deutschland die Möglichkeit geben, seine Verpflichtungen Frankreich gegenüber zu erfüllen. Auf dieser Grundlage sucht also der französische Kapitalismus mit dem deutschen zu einer Einigung zu kommen.

Billige Fische.

Die Interessenten des freien Handels suchen für ihren Kampf gegen die Zwangswirtschaft die Unterstützung der Verbraucher zu gewinnen. Sie reden ihnen ein, daß der freie Handel imstande sei, die Lebensmittel aus dem Auslande viel billiger einzuführen als die behördliche Zwangswirtschaft. Daß sie damit die Deffektivität gründlich täuschen, zeigt die folgende kleine Episode, die der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ von besonderer Seite zugeht. Sie lautet:

In dem alten Saale des Weimarer Landtages, der sich im Parkenhaus gegenüber dem Weimarer Schloß befindet und der geschmückt ist mit den Marmorbüsten von Goethe und Schiller, sitzt eine zahlreiche Gesellschaft. Hier präsidiert ein Minister, rechts und links von ihm sitzen Staatsmänner von großem Einfluß. Auf den Plätzen der Abgeordneten thronen aber keine Deputierten des Volkes. Es sind keine Parlamentarier, es sind solche, die ein wichtiges Gewerbe betreiben. Der Zweck der Zusammenkunft ist, der Regierung Karzuzumachen, wie falsch ihre ganze Ernährungspolitik ist. Die Anwesenden, die sich dieses Ziel gesetzt haben, sind deutsche Fischhändler. In berebten Worten, unter Auswendung aller ihrer Kenntnisse der Privatwirtschaft, der Volkswirtschaft und der Weltwirtschaft weisen sie nach, wie verfehlt die Organisation des Fischhandels sei, und mit lauter Stimme verkünden sie: „Der Fisch muß frei sein wie der gesamte Handel.“ Und mit noch lauterer Stimme verkündet ein Fischhändler, daß er, wenn man ihm Freiheit lasse, imstande sei, Fische mit 70 Pf. zu kaufen! Allgemeines Erstaunen auf den Gesichtern der Fischhändler. Dieser Mann hat doch den Beweis erbracht, daß der freie Handel viel billiger liefern kann als irgendeine Regierungsstelle. Denn Fische für 70 Pf. hat das deutsche Volk seit Jahren nicht zu Gesichte bekommen. Königlich-Gesichtete auf der Regierungsbank. Nur einer schmunzelt. Es ist ein junger Regierungsassessor, der einen hohen Posten bekleidet. Er springt auf und fragt, wo derartig billige Fische zu kaufen sind. Der Fischhändler ist um die Antwort nicht verlegen: In Holland. Erneute Frage des Regierungsassessors: „Wer verkauft Ihnen so billige Fische?“ Wiederum wird sofort die Ant-

wort erteilt, und für einen Augenblick erschaut das ganze Saal die staunlichen Fischbewirtschaftungs geräumte: Die Firma Joons u. Co. in Rotterdam hat sich bereit erklärt, dem freien Händler Fische zu verkaufen. An die staatliche Zwangswirtschaft verkauft sie nicht so billig! Aber der Regierungsassessor läßt sich nicht beirren. Entschlossen schreitet er zu dem Portal des Sitzungssaales. Er öffnet, und herein tritt ein stromender Herr. Er wird vorgestellt, und freudig begrüßt der Fischhändler. Sein Auftreten wirkt wie das Erscheinen des feineren Gastes. Mancher glaubt zwar, nun wird die Regierung einsehen, wie lächerlich der freie Handel ist. Aber der Regierungsassessor schmunzelt. Er legt dem Holländer nur zwei Fragen vor: „Ist es richtig, daß Sie Fische mit 70 Pf. verkaufen?“ Antwort: „Ja.“ Zweite Frage: „Und warum verkaufen Sie so billig?“ — „Weil mir der deutsche Fischhändler deutsche Kohle mit 20 Gulden angeboten hat, während sie sonst 54 Gulden kostet.“

Schallendes Gelächter auf der Regierungsbank begleitet diese Erklärung. Erbleichen auf den Gesichtern der Fischhändler, und man sieht leise einen Fischhändler nach dem Ausgangsportal eilen. Er zieht es vor, den Platz zu verlassen, den er vorher so läch behauptet hat. Seine billigen Fische sind Fisch geworden...

Trotz dieses Reinsfalls ist nicht anzunehmen, daß die Anhänger des freien Handels nun auf die Irreführung der Deffektivität verzichten werden.

Die Haltung der „Leipziger Volkszeitung“.

Unser Leipziger Parteiblatt, die „Leipziger Volkszeitung“, veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom Sonnabend an der Spitze des Blattes folgende Erklärung der Parteileitung des Bezirks Leipzig:

„Die Parteileitung fordert im Einklang mit der vom Prokomitee am 9. August in der „Leipziger Volkszeitung“ abgegebenen Erklärung, daß die „Leipziger Volkszeitung“ im Sinne des Aktionsprogramms der D. S. P. redigiert wird, und daß Versuche unterbleiben, der Partei eine dem Aktionsprogramm widersprechende Prozedur aufzuzwingen. Von den Redaktoren muß verlangt werden, daß sie die Zeitung in diesem Sinne redigieren.“

Der Artikel „Zur Reichskonferenz“ vom 6. September ist eine private Meinungsäußerung des Genossen Franz Geier, die von der Redaktion nicht geteilt wird.

Leipzig, den 12. September 1919.
Die Parteileitung des Bezirks Leipzig.
Richard Sipinski.“

Dieser Erklärung ist dann noch folgende Fußnote angehängt: „Die in dem obigen Artikel betretene Auffassung ist im wesentlichen die unrichtige. Paul Böttcher, Rudolf Franz.“

Zum näheren Verständnis möchten wir bemerken, daß Genosse Böttcher in der Lokalredaktion tätig ist während Genosse Franz das Feuilleton leitet.

Unglaublich aber wahr!

Uns sind in letzter Zeit eine Reihe von Klagen gegangen, aus denen hervorging, daß die militärischen Machthaber in Deutschland es jetzt sogar wagen, Verfolgungen gegen Militärpersonen einzuleiten, die sich vor der Revolution ein disziplinäres Verhalten zuschulden kommen ließen. Die Herrschaften scheinen die Amnestieerlasse entweder verklärt zu haben oder sie halten sie für ein Uebel und betreiben deshalb die Strafverfolgungen auf eigene Faust, weil sie sich stark genug fühlen, derartige Rechtsbeugungen vorzunehmen zu können. Schlimmer aber noch als diese Vorgänge ist die Tatsache, daß Militärpersonen, die bei Ausbruch der Revolution bereits bestraft waren und durch die Amnestie befreit worden sind, jetzt aufgefordert werden, den Rest der damals erlassenen Strafe abzuhängen. Ein solcher Fall wird uns von einem Feldzugsteilnehmer mitgeteilt. Er schreibt uns:

Nachdem ich sämtliche Gefechte mitgemacht hatte, erkrankte ich 18 Wochen an Lungentzündung und Typhus. Ich ins Feldlazarett und wurde, trotzdem ich noch nicht geheilt war, an die Front geschickt und mußte weiter Dienst machen. Im Westen

völlig feiberziganisch-wilhelminische Konart, die noch immer die Kräfte des neuen Deutschen Reiches macht, dem man nach Kabinetsbeschlüssen mit Recht nunmehr den schwarzen Adler als Reichswappen belächelt.

Er hat nur die Krone verloren.
Den Schnabel hat er behalten.

Der Nationalismus.

Von Henri Barbusse.

In der „Humanité“ vom 28. August schreibt Henri Barbusse über den Sinn und die Ziele der in der „Freiheit“ schon erwähnten einzigen französischen Genossen „Larrie“. Seinen Aufsatz entnehmen wir die folgenden Sätze:

Der Nationalismus steht gegen die Vernunft. Er entthront einen Götze, das — theoretisch — dem gesamten Bestand entgegengekehrt ist. Ohne alle Gründe gegen den nationalen Chauvinismus ins Feld führen zu wollen, der so oft als zur Grausamkeit ausgeprägt ist und immer unheilvoll für die große Menschheit wirkt und immer unheilvoll für die große Menschheit wirkt und immer unheilvoll für die große Menschheit wirkt. Der Nationalismus ist ein Verstandesverbrechen, das die Vernunft tötet. Er ist ein Verstandesverbrechen, das die Vernunft tötet. Er ist ein Verstandesverbrechen, das die Vernunft tötet.

Immerhin, wir wollen die Idee des Vaterlandes als Gefühl nicht gänzlich bekämpfen, da ihr Gefühl, und ihr Gefühl ist kein Unterchied zwischen der wahren und aufrichtigen Liebe eines Menschen für die ihm persönlich bekannten Menschen — für seine Angehörigen — und dem nicht minder natürlichen und berechtigten Gemeinschaftsgefühl mit allen Menschen; keine logische Rechtfertigung spricht dafür und nichts ist lächerlicher und unmenslicher, als die Grenzen, durch die man die Völker ein

Die Tradition, Hauptargument unserer Gegner, ist — um klar zu werden — die Negation der Vernunft selbst. Die Tradition ist ein Verstandesverbrechen, das die Vernunft tötet. Die Tradition ist ein Verstandesverbrechen, das die Vernunft tötet. Die Tradition ist ein Verstandesverbrechen, das die Vernunft tötet.

Leonid Andrejew tot.

Der große russische Dichter Leonid Andrejew ist am 13. September in einem kleinen Orte Finnlands, wohin er sich seit der bolschewistischen Wera zurückgezogen hatte, an einem Herzschlag gestorben. Er war mit Tschadow und Gorki einer der Großen in der russischen Literatur und gewann weit über sein eigenes Land hinaus Geltung. Aus seinem nach dem russisch-japanischen Kriege erschienenen Buche „Das rote Rad“ schlug eine flammende Rede gegen den Kriegswahnsinn in das irrinnig entstellte Antlitz der Menschheit, und in seiner meisterhaften „Geschichte von den sieben Geheulenen“ schuf er aus dem Todesgrauen den neuen Morgen. (Beide Werke erschienen im Verlag russischer Autoren, J. Rodjtschinskij, Berlin.) Als Dramatiker hatte er, wenigstens auf der deutschen Bühne, kein Glück. Aus der letzten Zeit stammen seine in aller Schlichtheit ergreifenden Aufzeichnungen eines Petersburger Beamten: „Das Ja des Krieges“. (Verlag Europäischer Verleger, Moskau u. Co., Zürich.) In unserer illustrierten Wochenschrift „Die freie Welt“ erscheint gegenwärtig sein großer Revolutionsroman „Schascha Schegulow“.

Andrejew ist nur 48 Jahre alt geworden. Er war auch als Dichter ein Mensch und ein Kämpfer, dem alles Leid und Unglück, das er seit im tiefsten überpersönlichen Sinne empfand, nie die Seele verhärtete. Wir haben mit ihm viel verloren, denn gegenwärtig sein großer Revolutionsroman „Schascha Schegulow“. Er hand aufrecht als Befreier und Verkünder.

Leonid Andrejews Selbstbiographie.

Ich bin geboren 1871 in Orel, wo ich auch das Gymnasium besucht habe. Ich war immer einer der letzten Schüler, in der Sekunde sogar der letzte; im Betragen hatte ich meistens einen Jweler, oft nur einen Dreier. Die angenehmen der von mir in der Schule betrachteten Augenblicke waren die Pausen und außerdem die Stunden, in denen ich aus der Klasse gejagt wurde und mich im Korridor herumtrieb. Der Korridor lag dann so still und leer da und meine Schritte hallten in der laulichen Stille. Rechts und links lagen die überfüllten Klassenzimmer; ein freier Sonnenstrahl fiel durch irgendeine verborgene Ritze und spielte in dem während der letzten Pause aufgeworbelten Staub. Alles dies war so geheimnisvoll, ausserordentlich und hatte einen eigenartigen Reiz und Glanz.

Mein Vater, ein Geometer, starb, als ich noch Gymnasiast war, und so hatte ich später auf der Universität zu kämpfen. Im ersten Semester (es war in Petersburg) mußte ich oft direkt hungern, was übrigens weniger auf wirklicher Not, als auf meiner jugendlichen Unerschrockenheit beruhte: ich schämte mich nicht, heute bei dem Gedanken daran, daß ich oft zwei Tage nacheinander hungerte, während ich noch zwei oder drei Hosen, zwei Überzieher und noch einige weitere Kleidungsstücke besaß.

Meine Studien beendigte ich in Kossau. Da ging es mit in materieller Hinsicht besser; ich fand Hilfe bei den Kollegen und im Unterstützungsverein; in anderen Beziehungen war mir aber die Petersburger Universität lieber: die Studentenzeit war dort viel mehr differenziert und unter den diesen abgeschlossenen Gruppen kann man leichter eine passende finden und sich ihr anschließen.

Im Jahre 1894 machte ich einen Selbstmordversuch, der aber mißlang; er hatte nur eine mit dem Gericht publizistische freudliche Ruhe und ein ungeschickliches, aber unheilbares Herzleiden zur Folge. Im jene Zeit machte ich auch meine ersten schriftstellerischen Versuche, doch bereitete mir die Polizei, mit der ich mich von der ersten Jugend an befreundet, viel mehr Freude. Ich malte Porträts um drei und fünf Rubel das Stück; später, als ich Fortschritte gemacht hatte, bekam ich zehn und sogar zwölf Rubel für ein Bild.

1897 machte ich das Staatsexamen und wurde Jurist, verließ aber sehr schnell diese Laufbahn; ich nahm die Stelle eines Gerichtssekretärs an einer größeren Zeitung an. Aus Reizmangel konnte ich meine juristische Praxis nicht ausüben; ich führte nur einen einzigen Zivilprozeß, den ich in allen Instanzen verlor.

1898 schrieb ich für diese selbe Zeitung meine erste Erzählung und blieb dann endgültig bei der Literatur. Maxim Gorki verdanke ich viele freundschaftliche Ratsschläge und Anweisungen.

König Oberl und der Reichsadler.

König Oberl begrüßt die Heimkehrenden Kriegsgesangenen in einer Sonderausgabe des Ruffhauerbundes der Landesfraternenverbände, die ihnen in allen Durchgangslagern übermitteln wird.

Die Rechtssozialisten haben nicht erst über Regierungsberichterstattung ihr Kriegereinstehen erndet und so wunder und diese Verleugernschaft auf dem Ruffhauerpodium durchaus nicht. Auch daß er dem „Sach und Vernichtungswille“ unserer Feinde“ predigt, paßt in diese Richtung.

Daß er anhin herablassend nur „Ihr“ und „Euch“ sagt, ist

werde ich wegen versuchter Verleitung zur Fahnenflucht; meiner Untergebenen (ich war Unteroffizier) zu 6 Jahren Gefängnis, Degradation und Entfernung aus dem Heere verurteilt. Diese Strafe trat ich am 15. 8. 17 an und wurde am 22. 9. 18 durch den ersten Staatsanwalt in Saargemünd entlassen. Ich kam dann nach Berlin und bin zur Soldatenwehr gekommen, weil ich keine Arbeit fand. Nachdem ich Arbeit gefunden hatte, glaubte ich, daß alles durch den Amnestieerlass erledigt sei. Ich leitete nun und befehlige jetzt eine gerichtliche Zustellung von Staatsanwalt I in Moabit, daß ich mich am 20. August vorabends von 9 Uhr ab in Fildensee im Gefängnis zum Eintritt meiner Reststrafe von 4 Jahren, 6 Monaten und 1 Tage zu melden habe.

Ich ging darauf zur Post und sprach mit dem Kriminaloberwachmeister, der mir sagte, daß alle militärischen Bestrafen durch die Amnestie begnadigt sind. Er riet mir aber, zum Staatsanwalt zu gehen und zu fragen, ob die Zustellung ein Versehen sei. Ich bin auch zu diesem gegangen und habe mit dem Sekretär gesprochen, der mir sagte, daß ich nicht entlassen wäre, sondern nur befreit. Die Akten kämen von der großen Reichswehrbrigade und der Staatsanwalt müßte eben die Sache vorlegen.

Der hier geschilderte Vorgang klingt so unglaublich, daß wir die zuständigen Stellen auffordern, darüber Nachenschaft zu geben.

Zweitausendundachtzig Spiegel.

Die rechtssozialistische Berliner „Freie Zeitung“ schreibt aus Anlaß der mißglückten Hausdurchsuchungen beim Redakteur der sogenannten Einigungszentrale, der verhaftete Spiegel, daß er immer ist sein Name, sei auf Veranlassung des Oberleutnants von Mindwisch sofort wieder enthaftet worden, und fährt dann wörtlich fort:

Wie wir weiter feststellen konnten, haben die beiden Offiziere der Reichswehr, Oberleutnant von Mindwisch und Hauptmann v. Roth, augenblicklich die Leitung der gegenrevolutionären Spiegelorganisation in Händen — früher waren es die bekannten Hauptmann v. Kessel und Leutnant v. Danstein.

Sie arbeiten auch bereits mit einem umfassenden Apparat. Augenblicklich beschäftigt die gegenrevolutionäre Organisation Zweitausendundachtzig Agenten. Davon ist die Hälfte mit Kasseausweisen versehen. Täglich werden Neueinstellungen vorgenommen. Ihre Arme reichen bedeutend weiter.

Zweitausendundachtzig Käftgroßensjungen! Diese stattliche Schar umfaßt natürlich nur die Elemente, die im direkten Dienste der Reichswehr stehen. Ihnen gestellt sind noch eine ganze Schar von Spitzeln hinzu, die von der Reichsregierung und den Zivilbehörden ausgehalten werden, sowie die Spiegel der Rechtssozialisten und der von den Banken und den Großindustriellen ausgehaltenen antipolizeimäßigen Vereinigungen, die nachgeheulermäßig ebenfalls ein ganzes Heer dieser unsozialen Watrone unterhalten. Diese Spitzelschar kostet dem deutschen Volke jährlich ein Vermögen von mehreren Millionen Mark. Aber schwerer noch als dieser materielle Schaden wiegt der Schaden, den die Spiegel auf geistigem und politischem Gebiete durch ihre verlogenen Berichte verursachen. Sie forumpieren unser gesamtes öffentliches Leben, lenken das Volk von seiner wahren Aufgabe, die Schuldigen an Deutschlands Elend bloßzustellen, ab, und befehlen den Boden für alle Machenschaften der Reaktionäre in der ausgiebigsten Weise vor.

Maschinengewehre gegen inaktive Unteroffiziere.

Und wird geschrieben: In Potsdam sollte am letzten Mittwoch eine Versammlung der inaktiven Unteroffiziere stattfinden. Generalmajor v. Hülsen, Führer der Reichswehrbrigade 8, geriet jedoch nicht zu einer Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung zu erteilen. Als die Enderufer dennoch Miene machten, die Versammlung abzuhalten, wurde das in Potsdam liegende Garde-Regiment-Datillon in Alarmbereitschaft ge-

setzt, die Maschinengewehre postiert und Posten aufgestellt. Es mutete genau so an, als wenn General Feder, Kronprinz Wilhelm oder irgend ein anderer aus der sagenhaften Tafelrunde ihren Einzug in eine feindliche Stadt gehalten hätten, oder als ob Koskes kriegerische Helden auf der Dauer lägen gegen den so tiefverhassten „Spartakus“.

Reichswehr gegen Reichswehr, so wird und so muß es kommen, wenn die alleingelichteten Monarchisten noch lange das Ruder führen und jeden Anlaß einer freien Entwicklung, jedes berechtigten Streben nach Anerkennung und Gleichberechtigung Andersdenkender mit Maschinengewehren und Stahlhelmen niederhalten. Das heißt dann: Freie Bahn dem Lüglichen!

Am Freitag abend fand die angekündigte Versammlung nach langem Sträuben des Generals dennoch statt. Sie war stark besucht. Auch Generalmajor v. Hülsen erschien mit dem Hauptmann seiner Getreuen. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen und Wortkämpfen. Weder die abweichenden, nervösen Gebärden, noch der Versuch des Generals, dem Redner das Wort zu verbieten, entkräfteten die von den Vertretern der inaktiven Unteroffiziere vorgebrachten Gründe für die Nichtigkeit und Notwendigkeit ihrer Forderungen. Sie erklärten sich solidarisch in dem festen Entschluß, treu zur Regierung zu stehen und jeden gegenrevolutionären Versuch von rechts entgegenzutreten. Dieser Tage werden ihre Vertreter sich zu Koske begeben und dort ihr schwerwiegendes Material sowohl für die Begründung ihrer Forderung als auch für die Tatsachen eines bevorstehenden, von langer Hand vorbereiteten Putsches von rechts vorbringen.

Die monarchistischen Umtriebe in der Reichswehr.

Wie die „Berliner Volkszeitung“ berichtet, erscheint im Verlage der reaktionären antisemitischen „Deutschen Zeitung“ ein Organ gleichen Schlags, mit dem Titel „Offene Worte“, das in einer Auflage von 45 000 Exemplaren an die Reichswehrtrouppen zur Verteilung gelangt. Wie nun die „Volkszeitung“ hierzu mitteilt, wird die Verteilung dieser Zeitung nicht nur, was ja bei dem Geist der Reichswehr selbstverständlich ist, von den Kommandobehörden in jeder Weise unterstützt, sondern die Zeitung wird sogar an alle Soldaten unter der Bezeichnung „Heeresnachricht“ versandt. Auf dem Briefbogen der Zeitung heißt es ferner: „Zeitung für die gesamte Reichswehr und die Freikorps für Führer und Mann.“

Durch diese vollkommen ungesetzlichen Bestimmungen soll natürlich eine starke Beeinflussung der Truppen in reaktionären, monarchistischen Sinne stattfinden. Es ist selbstverständlich, daß Herr Koske, der sich so scharf gegen die Betätigung einer republikanischen Politik im Heere gewandt hat, nicht im entferntesten daran denken wird, gegen diesen unerhörten Mißbrauch des Wortes „Heeresnachricht“ und diese monarchistischen Vergehungen einzuschreiten.

Polnische Arbeiter für Frankreich.

Der „Times“ wird aus Warschau gemeldet, daß am 6. September zwischen der französischen und der polnischen Regierung ein Abkommen zur Entsendung von 100 000 polnischen Arbeitern nach Frankreich geschlossen wurde. Die polnische Regierung erhält dadurch die Möglichkeit, einen Kredit in französischem Gelde auszunehmen.

Straßenhändler

Morgen nachmittag gelangt zur Ausgabe

FREIE WELT - HEFT 18

Expedition: Schiffbauerdamm 19

Noch eine Klage gegen Koske. Die bürgerliche Presse berichtet, daß die „Deutsche Zeitung“, nachdem der Reichswehrminister Koske acht Tage hindurch jede Besprechung über die Aufhebung des von ihm am 8. September erlassenen Beschlusses der „Deutschen Zeitung“ abgelehnt hat, nunmehr durch ihren Rechtsbeistand Klage auf Aufhebung des Verbotes und auf Schadenersatz bei dem zuständigen Landgericht eingereicht hat.

Gewerkschaftliches.

Finden sozialgerichtete Wünsche beim Berliner Magistrat Berücksichtigung?

Uns wird geschrieben: „Obige Frage müssen die Fleischer-Gesellen unbedingt verneinen. Die Arbeitslosigkeit im Fleischer-Gewerbe ist erschreckend groß. Die Arbeitnehmerbeschäftigten sind wiederholt mit der Freimachung von Arbeitsstellen. Da die Verwirklichung des Fleisches durch den Magistrat resp. in seinem Auftrage geschieht, wandten sich die arbeitslosen Gesellen, die heute in Berlin nach Tausenden zählen, an den Magistrat, daß der Magistrat jene Fleischermeister, die über eine große Kundenzahl verfügen, verpflichten möge, daß sie Gesellen einstellen, wie das von vielen Gemeinden und auch in einigen Berliner Vororten bereits geschieht. Der Magistrat Berlin lehnte jedoch ein Eingehen auf diese Frage überhaupt ab, erst als nach wochenlangem Warten energisch auf eine Antwort gedrängt wurde, kam der salomonische Bescheid: „Wir müssen die Entscheidung, ob diejenigen Fleischermeister, die von uns mit Fleisch beliefert werden, Gesellen einstellen wollen, allein diesen Meistern überlassen.“ Der Magistrat hat wiederholt auf Wunsch der Meister neue Kundenlisten ausgestellt, um noch mehr Meister bei der Fleischverteilung zuzulassen, aber auf die Arbeitnehmer braucht man im Interesse der Arbeitgeber ja keine Rücksicht zu nehmen. Für Eingeweihte ist der Standpunkt des Magistrats verständlich, denn im Dezernat für Fleischversorgung sitzen Leute, denen jedes soziale Gefühl für die Arbeiter abgeht. Es ist zunächst der Oberstadtssekretär Schulze der Bureauvorsteher der Fleischversorgung, der einen derartigen brutal-reaktionären Standpunkt vertritt und diesen offen ausspricht, daß man geradezu entsetzt ist, daß ein solcher Mann an einem solch exponierten Posten steht. Beim Dezernenten selbst findet man auch nicht allzu viel soziales Verständnis, wie oben gesagt wird, dafür hat er aber Interesse an den gelben Fleischer-Gesellen, damit ihm nicht nachgerechnet werden soll, daß er den sozialdemokratischen Verband bevorzugt. Auf dem Berliner Weg sind bei der Spedverteilung eine ganze Reihe Schlächtermeister für einen Tagelohn von 20 Mark beschäftigt, die in der Stadt ihre offenen, gutgehendes Ladengeschäft haben, während 2000 völlig erwerbslose Fleischer-Gesellen auf dem Arbeitsnachweis liegen und die seit 8 bis 9 Monaten arbeitslos sind. Hunderte haben seit ihrer Rückkehr aus dem Felde nicht einen Tag Arbeit nachgewiesen erhalten.“

Als die Organisation von der Beschäftigung dieser Fleischermeister im Tagelohn erfuhr, wurde sie beim Magistrat, Abteilung Fleischversorgung, vorstellig und verlangte dringend Abhilfe. Obwohl das bereits 14 Tage her ist, ist die Organisation ohne jeglichen Bescheid geblieben. Der Magistrat Berlin hat sich anscheinend vorgenommen, die Gesellen, die auch seine Bürger sind, gänzlich auszuhungern, während er seinen lieben Fleischermeistern doppeltes Einkommen zuweisen läßt. Soll doch sogar der Magistrat jetzt dem Drängen der Fleischermeister nachgegeben haben und die Aufhebung der zentralen Wurstfabrikation befürworten. Damit würden die paar Gesellen, die noch in den Wurstfabriken arbeiten, auch noch auf Straßensplaster gelegt. Das entspricht natürlich ganz dem Geist, der in der Abteilung Fleischversorgung vorherrscht.

Küstung! Buchhändler-Verband — Holzrahmenarbeiterinnen am Dienstag, den 16. September 1919, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45, eine Branchenversammlung aller Kompletterstickerinnen, Rückwandmoderistinnen und Hilfsarbeiterinnen der Holzrahmenbetriebe statt. Bericht über die Verhandlungen mit den Fabrikanten.

Die Branchenlehre. Der Tarifvertrag für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Berliner Metallindustrie ist nachdem sowohl die Arbeitgeber als auch die Hauptversammlung des Verbandes Berliner Metallindustrieller zugestimmt haben, abgeschlossen und tritt von dem Tage der Rückmeldung an in Kraft. Jeder Angestellte sollte sich ein Exemplar des Vertrages besorgen, damit er sich mit dem Inhalt vertraut machen kann. Vom Zentralausschuß der Angestellten Groß-Berlins (Ordnungsbüro Berlin der Arbeitergemeinschaft freier Angestellterverbände) ist der Vertrag mit Erläuterungen bearbeitet worden und zum Preise von 60 Pfg. das Stück zu beziehen. Die Schrift kann von Dienstag, den 16. d. M., ab in der Geschäftsstelle des Zentralausschusses, R. M., W. 19, W. 19, in Empfang genommen werden.

eingeführt, die Macht der Trägheit, die der Kontrolle und der Initiative der Vernunft entzogen wird. Ein solcher Zustand ist unheilvoll? Was tut es; man muß ihn respektieren, weil er schon immer gewesen ist. Die Beamten der „Action Française“ können es; der Wirklichkeit Rechnung tragen...

Wenn die Unwissenheit und die dummen Vorurteile in der großen Menge der Menschen vernichtet sein werden — und dieser Tag ist nahe — so werden die Disziplin des Gewissens, die methodische Organisation und das natürliche Gleichgewicht die Wägen der Kaiser, Könige, Bürger und Kapitalisten abbalancieren; was zu hoch steht, wird erniedrigt werden, was zu niedrig, erhöht. Die menschliche Gesellschaft wird sich durchaus wandeln, und schließlich wird die Welt am rechten Fiede stehen.

Für die, welche das Unermessliche freudig erwarten, erscheint die Tatsache, daß die letzten Advokaten der ebenso künstlichen wie kühnen und irdischen Theorien der Logik für sich in Anspruch nehmen als ein keineswegs verblüffendes Phänomen der zeitlichen Bewirkung der Geister.

Die letzten Ritter.

Die letzten Ritter. Komödie von Heinrich Pfeiffer. (Deutsches Künstlertheater.) Hierjunge, Bierrotte, Bierberg und ähnliche schöne Dinge, die als dem „Comment“ zusammenhängen, bilden den Stoff dieser sogenannten Komödie, die sich gegen das Korpsstudententum richtet. Der Verfasser macht sich die Sache aber gar zu bequem. Er überträgt mit biederer Tinte und schreibt halt einer hübschen Komödie ein Lustspiel aus der Kleinstadt, wobei einige „satirische Lichter“ auf das akademische Donatorwesen fallen. Höchst alberne Auswüchse eines träumerischen Standes werden gezeigt, Quacklunge, Korpsstudententum aus der Perspektive. Der dies hier wurgelnde Geist der Unwissenheit mit jenem Klassencharakter und jener Denkartigkeit, die aus Stumpf und Stiel ausgerottet werden müßte, das ganze verwerfliche und widerwärtige System in seinen ersten Zusammenhängen wird gar nicht berührt von solcher Bühnenfabel, die

nicht Kunst, nicht Aufrüstung, sondern nur lauwarme Unterhaltung bringt.

Was Wägen und dieser hübsche Spott, der den zahnlosen Humor der „fliegenden Blätter“ mit klügelhaften Charakterisierungen durchsetzt? Um den faulen Jauber des „Comment“, des studentischen „Selbstentums“ und der hierzulande bedürftigen Saufpannen mit ihren Verkleinerungen nachzuweisen, bedarf es keiner „Dramatisierung“ und keines dreistündigen Theaterstücks. Immerhin fand es bei der Reife der Besucher so starken Beifall, daß eine unzufriedene Minderheit vergeblich auf Gongschläffen pfliff. Hans Fischer, der aus Dresden nach langer Abwesenheit zurückgekehrt ist, hatte seine Rolle mit allen Tugenden und Untugenden des beliebten Charakterkomikers aus. Er spielte seinen durchgefallenen Juristen mit dem nicht landesgemäßen „offenen Rachen“ in allen Kesseln berg hin, was dem „Geist“ des Stückes am besten und belustigend entsprach. Die Herren Kämpfer, Walauer, Schrotz, Klein-Kogge und Kehler machten aus handfesten Typen menschliche Figuren. In einer kleinen Rolle entwickelte Paul Morgan bemerkenswerteres Charakterisierungstalent, während Frä. Konstante die Frau des Duellanten noch tüchtener spielte, als es die Rolle verlangt. E. B.

„Der Erste Tag“ (Veranstaltung der Sozialen Bühne in der Hochschule für Kunst). Die Monotonie der neueren Kunstbühne wurde hier glücklich durchbrochen; Wislitzki opferbereite glühende Menschenliebe, Menschenschicksal in Dostojewski würzelnder mystischer Kommunismus, „Schicksal“, „Berier“, hinführend zu einem Moment der Weltgeschichte von ähnlicher und nicht geringerer Bedeutung als dieser Schicksalstag — hier allerdings dem Besten unsere Sympathien zugewandt, weil er seine Schuld tragend bekennt und nicht feilschend verkleinert. Umstank von zwei Orgelstücken Handels und Peter Geringers, die Professor W. Fischer sauber wiedergab, wurde dieser erste Tag ein voller Erfolg. Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete die Vortragsreihe aus den „Berier“ des Koschlos. Das Hauptinteresse war bei Bruno Lürschmann, der als Vortragsmitarbeiter sorgsam abwägend jene Kunst gab, die an sich um Anerkennung der menschlichen Gemeinshof der Schmerzigen mirbt. Das trat noch mehr bei seinen Wiederholungen aus Werichschows Drama „Ruier“

Pauls Tod“ und der „Odyssee“ sagte. Frau Elise Wagner las dann einiges aus den indischen Upanishaden und Wals. Wislitzki „Grasblumen“ mit letzten Naturliebe. Der harte Beifall war berechtigt.

Am Sonntag nachmittag hatte das Publikum die Wahl: Das schöne Wetter, oder, Negationen der Werte von Erich Mühsam, „dem Dichter und dem Künstler“ in den Wägen des jugendlichen der politischen Selangonen aus München. Das Publikum hatte sich wohl gefügt: Das schöne Wetter wüßte nur lang und war ein Freie gegangen. Erich Mühsams Wollen wurde den hiesigen Erscheinungen in den Vorträgen einiger seiner Schriften hinweisend zum Ausdruck gebracht. — Hilda Wegner brachte am Vorabend im Besonderen die Vorträge von Anton Wildgans zum Vortrag. Besonders diesen Eindruck mochten aus dem gut ausgewählten Programm die Gedichte: „Häufige“, und „Damen und ihre Kinder“, in denen der Dichter voll warmer Anteilnahme für das Los dieser unglücklichen Arbeiterinnen hält mit der Scheinwelt unserer Tage, und aus einem tiefen Blick am Witz in das, was die bürgerliche Gesellschaft hinter der Maske von Anstand und Moral am Egoismus und Verderblichkeit verbirgt. Es fehlte nicht an Beifall. D. M.

Das Theater „Die Tribüne“ (Charlottenburg, Berliner Straße 37, unmittelbar am U-Bahnhof Anie) hat seine Eröffnungsvorstellung ebenfalls auf den 20. September, abends 8 Uhr, festgesetzt. Zur Aufführung gelangen Walter Hasencampers dramatische Dichtung „Der Ritter“ und seine noch unveröffentlichte Komödie „Die Entscheidung“ mit der Russin von Friedrich Holländer. Regie führt Hans-Joachim Martin.

Die Festsetzung von Hans Wähners „Mafestina“ unter der gleichen Leitung des Direktoriums und der musikalischen Leitung von Dr. Eberdy ist nunmehr auf den 11. Oktober festgesetzt. Die spanische Aufführung ist nach Ermitteln des Herrn Professor Hans Knauthy ausgesetzt.

Am Lessing-Theater ist die Wiederaufführung von Hof Ludwigs Drama „Christa die Letzte“ mit Hilla Grünig in der Titelrolle auf Donnerstag, den 18. d. M., festgesetzt worden.

Die kleine Sclavin, Diepenhofs Tragödie, die seit im Rose-Theater mit Herrn v. Dardowitsch neu inszeniert wird, gelangt demnächst mit Ida Ogloff im Stadttheater noch zur Aufführung.

